

Am 29. November hatten wir schon einmal [angeregt](#), sich auf örtlicher und regionaler Ebene darum zu kümmern, was dort an Verkäufen oder Teilerkäufen von öffentlichen Einrichtungen geplant ist. Es gibt wahrlich gute Gründe, sich gegen diesen Ausverkauf öffentlichen Eigentums zu wehren. Die privaten Eigentümer arbeiten nicht für umsonst und die Vermittler der Privatisierungstransaktionen sowieso nicht. Es gibt massive Interessen, die auf eine beschleunigte Umsetzung von so genannten PPP-Projekten drängen. So zum Beispiel die deutsche Bauindustrie.

Das folgende ist eine Presseinformation der Deutschen Bauindustrie vom 11. 12. 2007:

Neue Impulse für öffentlich-private Partnerschaften

Die deutsche Bauindustrie unterstützt die Pläne der Bundesregierung zur Errichtung einer Partnerschaften Deutschland Gesellschaft.“ Mit diesen Worten begrüßte heute in Berlin der Vorsitzende des Arbeitskreises „Private Finanzierung“ und Vorsitzende des Vorstands der Bilfinger Berger AG, Dipl.-Ing. Herbert Bodner, die heutige Entscheidung des Bundeskabinetts, das Bundesfinanzministerium mit der Durchführung eines Markterkundungsverfahrens zur Errichtung einer Partnerschaften Deutschland Gesellschaft (PDG) zu beauftragen. Die neue Gesellschaft könne maßgeblich dazu beitragen, die PPP-Idee auch auf der Ebene des Bundes und der Länder besser zu verankern – und zwar nicht nur im öffentlichen Hochbau, sondern auch im Verkehrswegebau.

Quelle: [Deutsche Bauindustrie](#)

Es wird von Seiten der Bauindustrie, der Bundesregierung, einiger Landesregierungen und von Seiten der Vermittler und Profiteure bei der Finanzindustrie massiven Druck auf weitere PPP-Projekte geben. Deshalb unsere Bitte, sich gleichzeitig und mindestens in gleichem Maße zu organisieren.

Wie wir schon bei der letzten Meldung erwähnt haben, gibt es Erfolge beim Kampf gegen den Ausverkauf. Jetzt kommt mir gerade folgende Einschätzung der TAZ auf den Tisch:

Abschied vom Privatisierungs-Mythos

Es sind schwere Zeiten für Markt-Apologeten. Linke Konzepte erkämpfen sich in der ökonomischen Diskussion – um im Bild zu bleiben – immer mehr Marktanteile. Gegen die Privatisierung der Bahn organisiert sich mittlerweile

Widerstand, die Zerschlagung der Stromkonzerne wird diskutiert, oder Bürger wehren sich wie in Leipzig gegen eine geplante Privatisierung. Zu dieser Erfolgsgeschichte gehört auch die Strategie vieler Kommunen, sich in Branchen der Daseinsvorsorge, etwa der Müllabfuhr oder Stromversorgung, als Unternehmer zu betätigen. Für diese Entmystifizierung der 90er-Jahre-These "Privat ist billiger und besser" war es höchste Zeit.

Quelle. [taz](#)

Helfen Sie mit, den Privatisierungsmythos zu brechen. Jene in den Kommunen, die den gemachten, modischen Trend zur Privatisierung nicht mehr mitmachen, brauchen Ihre Unterstützung. Und jene, die weiter mit dem Fleddern unseres öffentlichen Eigentums privat Geld verdienen wollen, verdienen Ihren Widerstand.

Wenn Sie sich weiter unterrichten wollen: schon allein bei uns in den NachDenkSeiten finden Sie eine große Zahl von Informationen. Und auf anderen einschlägigen Web-Seiten auch.

Geben Sie „PPP“ zum Beispiel in unsere [Suchfunktion](#) ein, dann erscheinen unter anderen folgende Einträge:

- 4. Oktober 2007 um 9:16 Uhr
[RSBK, die Rudolf Scharping Strategie Beratung Kommunikation hilft auch weiter beim Fleddern des öffentlichen Vermögens, das Scharpings politische Großeltern mithilfe der Steuerzahler aufgebaut haben.](#)
- 10. September 2007 um 15:21 Uhr
[Die Aushebelung von Grundrechten durch die Übertragung staatlicher Leistungen auf Private im Rahmen der PPP](#)
- 15. Mai 2007 um 8:13 Uhr
[Beispielhaft für die fragwürdige Praxis bei PPP-Privatisierungsprojekten: eine sonderbare Eile in Frankfurt](#)